



Protokollauszug
zum AUSSCHUSS FÜR WIRTSCHAFT, KULTUR UND
VERWALTUNG

am Dienstag, 11.03.2014, 17:07 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1

Ludwigsburg Museum
Tätigkeitsbericht 2013
Gebührenordnung 2014
Personalentwicklung 2015
(Vorberatung)

Vorl.Nr. 068/14

Beschlussempfehlung:

1) Der Gebührensatzung des Ludwigsburg Museums, gültig ab dem 01.04.2014 wird in der Fassung der Anlage 2 zugestimmt.

2) Der Umwandlung der zunächst befristeten Aufstockung zweier Halbtags- auf Vollzeitstellen in den Bereichen Ausstellungen / Sammlungen und Vermittlung wird aufgrund der nachhaltig positiven Besucherentwicklung zugestimmt (Ausweisung ab dem Stellenplan 2015), ebenso der dauerhaften Einrichtung eines wissenschaftlichen Volontariats.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht anwesend: Stadtrat Kemmerle (beruflich verhindert)

Beratungsverlauf:

Frau Dr. Hollwedel (Ludwigsburg Museum) geht anhand einer Präsentation ergänzend zum Tätigkeitsbericht der Vorl.Nr. 068/14 auf die Punkte Besucherzahlen, Öffnungszeiten, Ausstellungen und Veranstaltungen sowie die Museumsaufgaben ein. Darüber hinaus informiert sie über die Neuerungen im Gebühren- und Ticketbereich, die Personal- und Stellenentwicklung und gibt Empfehlungen für die zukünftige Teamentwicklung ab.

OBM Spec hebt die Umwandlung befristeter Stellen in unbefristete Arbeitsverhältnisse hervor, bei der es sich nicht um eine Aufstockung des Personals handle. Dies werde zum jetzigen Zeitpunkt behandelt, da bei der Beratung im Rahmen des Stellenplans nicht genügend Zeit bis zum

Auslaufen der Verträge verbleibe und den Mitarbeitern möglichst frühzeitig Planungssicherheit hinsichtlich ihres Arbeitsverhältnisses gegeben werden solle.

Stadträtin **Kopf** nimmt zur Entwicklung des Museums seit der Inbetriebnahme Stellung und geht auf die Schlaglichter des Museumsgeschehens ein. Um das aufgebaute Niveau zu halten unterstütze sie eine adäquate Personalausstattung und eine Anpassung der Gebühren und könne deshalb im Namen ihrer Fraktion der Vorlage zustimmen.

Stadträtin **Schittenhelm** bezeichnet die Vermischung zwischen Museum und MIK bei der Besucherermittlung und Personalbemessung als ungünstig und wünscht sich für die Zukunft eine klarere Trennung. Sie bittet hinsichtlich des Haushaltsansatzes noch einmal näher auf den Kostenbereich einzugehen. Nach ihrer Einschätzung sei es gelungen, ein niederschwelliges Angebot an Markt zu platzieren. Teilweise habe sie den Eindruck, beim Verständnis von Ausstellungen werde Basiswissen zum jeweiligen Thema vorausgesetzt, weshalb sie dazu um eine Einschätzung bitte. Was die unterschiedlichen Öffnungszeiten von Museum und Kunstverein am Donnerstagabend angehe, bittet sie um eine kurze Anmerkung, ob dies beibehalten werden solle. Abschließend stimmt sie der geplanten Personalaufstellung und der Gebührenänderung zu.

Für Stadtrat **Weiss** ist die neue Gebührenstruktur und der Personalbedarf nachvollziehbar und die Entfristung richtig, da die Konzepte nur mit einem guten Team umsetzbar seien. Zu einem späteren Zeitpunkt regt er einen Bericht über die Resonanz der Gastronomie an.

Für Stadträtin **Haberzeth-Grau** stellt das Erreichen der im Betriebskonzept gesteckten Ziele eine erfreuliche Entwicklung dar, weshalb sie der Vorlage in beiden Punkte zustimmen könne.

Stadtrat **Müller** hebt besonders das niederschwellige Angebot mit Anziehungskraft für breite Bevölkerungsschichten hervor. Der moderaten Gebührenerhöhung und der Personalausstattung zur Umsetzung der konzeptionellen Ziele könne er zustimmen. Von Seiten der FDP-Fraktion trägt er den Hinweis vor, dass eine Fokussierung auf das MIK als Kern wünschenswert wäre. Die Kulturarbeit könne um diesen Kern entwickelt werden.

Hinsichtlich der Ermittlung der Besucherzahlen sieht Stadtrat **Dr. Vierling** den Verbund verschiedener Funktionen und Institutionen im MIK und die gleichzeitige Ermittlung einer Kennzahl für Besucher als problematisch an. Er halte es daher für sinnvoll, die Anzahl der Museumsbesucher isoliert zu betrachten. Aus touristischer Sicht wäre es zudem sinnvoll, über eine Feiertagsöffnung nachzudenken. Bezüglich des ehrenamtlichen Engagements des Freundeskreises erkundigt er sich, ob dieses Potenzial für den Führungsbereich eingesetzt werden könne.

Das Gremium zeigt sich fraktionsübergreifend über die positive Resonanz der Besucher und den guten Start des MIK erfreut und begrüßt ausdrücklich die Arbeit des Museumsteams sowie der Leitung.

Frau **Dr. Hollwedel** räumt Unschärfen bei der Ermittlung der Besucherzahlen ein, was insbesondere in dem Vorhandensein nur einer Zählanlage an der Eingangstür zum MIK und der Struktur des Hauses begründet sei. Ergänzend würden händische Zählungen durch die Museumsaufsicht und in gleicher Weise an der Touristinformation vorgenommen. Durch den Ticketverkauf verfüge der Kunstverein über verbindlichere Zahlen für seine Veranstaltungen. Zur Frage des Verständnisses merkt sie an, dass die Didaktik bewusst auf das Selbststudium ausgerichtet sei und offene Fragen das Ziel von Mehrfachbesuchen unterstützen würden. Ungeachtet dessen erhalte sie überwiegend positive Rückmeldungen zum Museumskonzept. Von großer Bedeutung für die erweiterte Zielgruppenansprache sei die sich momentan in der Entwicklung befindliche Applikation für Smartphones.

Die Erhaltung des ehrenamtlichen Engagements im Aufsichtsbereich ist Stadträtin **Kreiser** ein wichtiges Anliegen. Nachfolgend könne auf dieser Basis eine Professionalisierung stattfinden.

Frau **Richert** (FB Kunst und Kultur) antwortet, dass bewusst die professionelle Ebene zuerst aufgebaut wurde, um die Zielgruppen und die Annahme des Angebots zu testen. Momentan leite man viele zusätzliche ehrenamtliche Teilzeitkräfte an, welche im Personalpool für Führungen bisher noch nicht enthalten seien. Um diese in Führungen einzubinden, müsse zunächst die gleiche Qualität und historische Tiefe erarbeitet werden, wie dies bei den hauptamtlichen Mitarbeitern der Fall sei. Im Hinblick auf die Öffnungszeiten erfolge derzeit eine Ausrichtung anhand des vorhandenen Personalbestands. Wenn eine Öffnung am Abend und an Feiertagen gewünscht und beauftragt werde, ziehe dies personelle Mehrkapazitäten nach sich.

Nach Abschluss der Beratung stellt OBM **Spec** beide Ziffern der Vorl.Nr. 068/14 zur Abstimmung.

TOP 2	Abschluss der Pilotphase des von der Robert Bosch Stiftung geförderten Projektes "Die Kommunalverwaltung Baden-Württemberg im Zeichen des demographischen Wandels" in der Stadtverwaltung Ludwigsburg	Vorl.Nr. 059/14
-------	---	-----------------

Beratungsverlauf:

Herr **Nitzsche** (FB Personal und Organisation) führt in das Themenfeld ein. Der demographische Wandel beschäftige seinen Fachbereich im Rahmen der strategischen Planung, bei der aufgezeigt werden solle, wie mit der demographischen Entwicklung des Personalkörpers umgegangen werde. Der Blick auf die Altersstruktur zeige, dass sich in den Altersgruppen 40 bis 49 und 50 bis 59 ein Großteil der Beschäftigten konzentriere. Daraus entstünde die Notwendigkeit, sich in zunehmendem Maße mit dem Prozess des Ausscheidens von Mitarbeitern zu beschäftigen und diesen positiv zu beeinflussen. Aufgrund dessen habe man sich zur Teilnahme am Projekt der Robert Bosch Stiftung entschlossen.

Herr **Heß** (FB Organisation und Personal) zeigt anhand eines Schaubildes die Altersstruktur der Mitarbeiter der Stadtverwaltung per 05.02.2014 auf und gibt einzelne Impressionen und Meilensteine aus dem Projekt wieder. Abschließend weist er auf ein Folgeprojekt hin, in dem interessierte Kommunen von den Erfahrungswerten profitieren könnten. Bei der erneuten Bewerbung möchte man auf die Erkenntnisse aufbauen und den Fokus auf einen generationsübergreifenden Wissenstransfer legen.

Es findet eine kurze Diskussion im Gremium statt. OBM **Spec** und Herr **Nitzsche** gehen in diesem Zusammenhang erläuternd auf Nachfragen aus der Mitte des Gremiums ein und kündigen in periodischen Abständen weitere Informationen zu diesem Themenkomplex an.

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** übergibt die Sitzungsleitung an EBM **Seigfried**

Herr **Henning** (FB Bürgerschaftliches Engagement) macht darauf aufmerksam, dass Ludwigsburg seit drei Jahren Fair-Trade-Stadt ist und in diesem Bestreben sehr stark von der Fairtrade-Agendagruppe unterstützt wurde. Darauf aufbauend habe man sich dazu entschlossen, eine Dienstanweisung für den internen Gebrauch zu erarbeiten, welche den Umgang mit diesem Thema in sechs Handlungsfeldern bei der dienstlichen Beschaffung regelt. Durch die Nachfrage solle das Denken verändert und weitere Angebote geschaffen werden, weshalb die Stadtverwaltung in ihren Beschaffungsaktivitäten mit gutem Beispiel vorangehen wolle.

EBM **Seigfried** ergänzt, dass diese eigentlich innerdienstliche Angelegenheit aufgrund vielfacher Nachfragen und des Antrags auf die Tagesordnung genommen wurde.

Nach Informationen von Stadträtin **Kreiser** sei die Änderung der Friedhofssatzung in anderen Städten durch den Widerstand der Steinmetze zumindest behindert worden. Sie sehe dahingehend eine gewisse Problematik bei der Belieferung durch kleinere Händler, für welche die Nachweise schwierig wären.

Stadträtin **Schittenhelm** begrüßt die Initiative, da sich die Wirtschaft an der Nachfrage ausrichte. Sie bittet darum, in den Bereichen wo dies möglich sei, die entsprechenden Siegel als Möglichkeiten des Nachweises zu ergänzen. Vor diesem Hintergrund sollte die Selbstverpflichtung nur nachrangig gesehen werden, da eine Überprüfung nur schwer möglich wäre.

OBM **Spec** übernimmt die Sitzungsleitung zurück.

Da eine Fair-Trade-Stadt wie Ludwigsburg nach dem Vorbild anderer Städte auch diese Ergänzung benötige, zeigt sich Stadtrat **Dr. Vierling** erfreut, dass dem Antrag seiner Fraktion entsprochen wurde. Ungeachtet dessen sehe er die Verwaltung diesbezüglich noch nicht am Ziel, da die Produktgruppen die derzeit üblichen erfassen würden. Andere Städte gingen weiter, weshalb er sich über Erfahrungsberichte aus der Praxis freuen würde.

Stadtrat **Heer** bezweifelt die Wirkung derartiger Maßnahmen.

Stadtrat **Dr. Bohn** begrüßt ebenfalls das Handeln der Stadtverwaltung. Er weise allerdings darauf hin, dass der SPD-Antrag zur diesbezüglichen Änderung der Friedhofssatzung erst mit Behandlung der entsprechenden Vorlage erledigt sei.

EBM **Seigfried** geht auf die Bestattungsgesetzgebung als Grundlage der Friedhofssatzung ein. Von einer Initiative des Gesetzgebers, die Möglichkeit der Beschaffung von Grabsteinen derart zu öffnen, möchte auch die Stadt Ludwigsburg Gebrauch machen.

Nach Einschätzung von Stadtrat **Müller** stelle dies eine richtige und konsequente Entwicklung dar, weswegen er das Vorhaben unterstütze.

Abschließend geht Herr **Henning** auf die Rückfragen aus der Mitte des Gremiums ein.

Beratungsverlauf:

Der Antrag der Grünen-Fraktion Vorl.Nr. 285/13 ist mit Beratung der Vorl.Nr. 041/14 erledigt.
Siehe Beratungsverlauf zu TOP 3.